

jede Aussage bleibe also stets auf einen Hörer hingednet.

Werden nun in den Versuchen einer theologischen Ideologisierung des Faktischen Aussagen über Gott auf Aussagen über irgend etwas anderes reduziert, so hat sich hier wieder ein zu eng verstandenes Verifikationsprinzip eingestellt. Huber vermißt bei solchen Argumentationen den Verweis auf die Möglichkeit einer Metaphysik, gemeint als Möglichkeit, *sinnvolle* Aussagen über die Wirklichkeit zu machen, die *wahr* sind, ohne *empirisch* verifizierbar zu sein. Wenn schon der Begriff des Sprachspiels jedes verkürzende Schema sprengt, so verweisen dann auch die sog. „performativen Sätze“ auf Aussagen, die nicht einfach Sachverhalte beschreiben, sondern schaffen: Äußerungen des Versprechens, Bittens, Ermahnens, Befehlens, von Schmerz und Freude. Eine große Anzahl religiöser Formeln gehört zu dieser Satzklasse. Solche Aufweise führen schließlich zu einer genaueren Bestimmung des *Ortes* in der Sprache, wo man über Gott reden kann. Dieser Ort findet sich nicht *innerhalb* der Sprache, sondern er liegt an deren *Grenze*: Gott läßt sich nicht in der Art einer Tatsache neben anderen Tatsachen aussagen, er transzendiert auch jedes mögliche religiöse System. Wittgenstein sah hier jenen Punkt erreicht, wo ersichtlich wird, daß es mit den empirisch verifizierbaren Tatsachen noch nicht abgetan ist. Die Welt wird vielmehr letztlich als begrenztes Ganzes erfahren, im übersteigenden Zusammen aller über den bloßen Empirismus hinausweisenden Aussagen liegt dann wohl der Ort, wo von Gott gesprochen werden kann.

### *Sprache der Bibel als Leitmuster?*

Diese Gegebenheit greift auch *K. Rahner* auf, wenn er darauf hinweist, daß die ganze „schreckliche“ Konturlosigkeit des Wortes „Gott“ gerade darin gründet, daß es an keine *bestimmte* unserer Einzelerfahrungen mehr appelliert und gerade so zum letzten Wort vor dem Ver-

stummen werden kann. „Gäbe es das Wort ‚Gott‘ wirklich nicht, dann würde der Mensch nicht mehr merken, daß er nur einzeln Seiendes, aber nicht das Sein überhaupt, nur Fragen, aber nicht die Frage nach dem Fragen überhaupt bedenkt, nur immer neu *einzelne Momente* seines Daseins manipuliert, sich aber nicht mehr seinem Dasein als einem und ganzem stellt. Er würde in der Welt und in sich steckenbleiben, aber nicht mehr jenen geheimnisvollen Vorgang vollziehen, der er ist, in dem gleichsam *das Ganze* des „Systems“, das er mit der Welt ist, streng sich selber als eines und ganzes denkt . . . Dann hätte der Mensch das Ganze und seinen Grund vergessen und zugleich vergessen (wenn man das noch so sagen könnte), daß er vergessen hat. Denn eigentlich existiert der Mensch *nur*, wo er, wenigstens als Frage, wenigstens als verneinende Frage, ‚Gott‘ sagt . . . Sonst wäre er sich selbst gestorben, hätte sich zurückgekreuzt zum findigen Tier“ (Meditation über das Wort „Gott“, im von *H. J. Schultz* hrsg. Sammelband, S. 17—18).

Dieses Wort ist für uns unausweichliche Wirklichkeit, wir hören es erleidend und auf uns zukommend in der Sprachgeschichte, in der wir eingefangen sind. Wie aber entwickeln wir für diese unausweichliche Wirklichkeit „angemessene“ Vorstellungen? Huber meint abschließend, alle Sprachspiele zwischenmenschlicher Kommunikation in ihrer Thematik von Freiheit und Verantwortung könnten Verständnishilfen bieten. Zu vermeiden seien alle Redeweisen über Gott, die nach empirischen Aussagen klingen, weil eben die Wirklichkeit Gottes sich nicht empirisch verifizieren läßt. Sätze wie „Seine Krankheit ist die Strafe Gottes für seine Sünden“, „Gott verhilft dem Guten zu einem erfolgreichen und glücklichen Leben“ u. ä. könnten eine versteckte Form des Aberglaubens beinhalten. Vielleicht sei die beste Form, von Gott zu sprechen, noch immer die anthropomorphe Sprache der Bibel, weil deren Begriffe eine anschauliche Lebensfülle aufweisen, ohne dabei jedoch ihren anthropomorphen Charakter verschleiern zu wollen.

## *Der Friede als Thema der Wissenschaft*

Der Friedensgedanke war in den Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg vornehmlich Gegenstand von moralischen Appellen seitens kirchlicher Instanzen und pazifistischer Gruppen. Die Erlebnisse des vergangenen Krieges und die wachsende Spannung zwischen Ost und West nährten die Angst vor neuen Auseinandersetzungen. Für die meisten politisch Interessierten beinhaltete das Wort „Frieden“ jedoch kaum mehr als die Epoche zwischen zwei Kriegen. Die sich verbreitende Erkenntnis von den Dimensionen eines möglichen nuklearen Kampfes hat dann in den fünfziger Jahren durchschlagende Argumente für die „Notwendigkeit“ des Friedens erbracht und dem Friedensgedanken trotz unverminderten Wettrüstens *realere* Chancen eingeräumt, als sie wohl jemals in der Geschichte bestanden haben. Der Friede als Lebensbedingung, ja Überlebensbedingung wurde zum Forschungsobjekt, und es ist nicht zufällig, daß gerade von den bedeutendsten Instituten für Verteidigungsforschung wichtige Impulse für die „Konfliktlösung“ (conflict resolution), wie die Friedensforschung (peace research) damals noch genannt wurde, ausgingen. Es sei hier nur an die Arbeit der Rand Corporation in Santa Monica (USA)

und des Institute of Strategic Studies in London erinnert. Daß sich auch im deutschsprachigen Raum der Schwerpunkt der Friedenthematik vom moralischen Appell auf *konkrete Forschung* und *Planung* mit gewiß noch dürftigen wissenschaftlichen Methoden verlagert hat, demonstrieren die Themen einiger Veranstaltungen aus jüngerer Zeit: „Friedenspolitik und Friedenssicherung oder Ist der Krieg eine Naturkatastrophe?“ (vom DGB veranstaltete Woche der Wissenschaft in Recklinghausen 1967), „Theorie und Strategie des Friedens“ (IV. Salzburger Humanismusgespräch im September 1968), „Den Frieden planen — Möglichkeiten und Chancen einer Friedenspolitik in Europa“ (X. Internationaler Studienkongreß von Pax Christi in Speyer im November 1968) und „Ist Friede machbar?“ (Tagung der Katholischen Akademie in Bayern im Februar 1969). Auf zahlreichen weiteren internationalen, auch kirchlichen Tagungen und Symposien war der Friede als konkrete Aufgabe zumindest ein wesentlicher Teil der behandelten Thematik, namentlich auf der Vierten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala im Juli und auf dem 82. Deutschen Katholikentag in Essen im September 1968.

Die häufigen Vorurteile gegenüber der Friedensforschung zeigen, wie wenig bekannt die tatsächlichen Erkenntnisse dieses Wissenschaftszweiges sind. Das hat verschiedene Gründe. Von historischer und ideengeschichtlicher Betrachtung abgesehen ist der Frieden ein noch sehr junges Forschungsobjekt, wobei die methodischen Fragen noch nicht als abgeklärt gelten können. Das Interesse, das die Öffentlichkeit kriegerischen Auseinandersetzungen entgegenbringt, übersteigt bei weitem die Aufmerksamkeit gegenüber Friedensaktionen. Der israelisch-arabische Konflikt ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Die immer wieder ausbrechenden militärischen Verwicklungen verstärken die verbreitete Überzeugung, Kriege seien mit der Gesellschaft unlösbar verbunden. Das Engagement für den Frieden gilt als unrealistisch und schwärmerisch. Wenn auch nicht immer klar artikuliert, hat die These, der Krieg sei nach den geschichtlichen Erfahrungen eine Notwendigkeit für die Entwicklung der Menschheit, zahlreiche Anhänger. Schließlich erscheint jede für den Frieden eintretende Organisation vielen noch immer als anrüchig. Man deklariert ihre Bemühungen (pauschal) als Sozialromantik oder sieht in ihnen gelegentlich immer noch bewußte oder unbewußte Helfershelfer des Kommunismus. Es handelt sich dabei wohl um eine Nachwirkung des in der Zeit des kalten Krieges propagierten Vertrauens in militärische Machtpolitik als einzige Überlebenschance. Daß dem Friedensthema besonders in Deutschland ein großes Maß an Unverständnis und Mißverständnissen begegnet, mag mit der besonderen politischen Situation zusammenhängen, die kaum zur Behandlung des Themas Friedensforschung angeregt hat. Der von E. Krippendorff herausgegebene Sammelband „Friedensforschung“ (Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1968) läßt sowohl in den einzelnen Beiträgen als auch in der repräsentativen Bibliographie erkennen, daß die angelsächsischen und skandinavischen Länder auf diesem Gebiet den Deutschen weit überlegen sind.

Die Beteiligung einer Reihe angesehener Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen an der Friedensforschung hat jedoch dazu geführt, daß das Verständnis für diesen neuen Bereich allmählich wächst. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß Friedensplanung nicht einen paradiesischen End- oder Urzustand anstrebt, daß sie vielmehr den Konflikt als Wesensmerkmal menschlichen Zusammenlebens akzeptiert, den gewaltsamen Konflikt in Form von konventionellen oder gar atomaren Kriegen jedoch mit Hilfe rationaler Methoden zu eliminieren bemüht ist. In Deutschland hat C. F. von Weizsäcker mit der vielbeachteten Rede über die „Bedingungen des Friedens“ anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels den Durchbruch zu einem neuen Verständnis des Friedensgedankens erreicht. Was den kirchlichen Bereich anlangt, kann man feststellen, daß die meisten Veröffentlichungen zum Friedensthema in Deutschland aus evangelischen Kreisen hervorgegangen sind. Katholischerseits ist es vor allem der Pax-Christi-Bewegung zu danken, daß die Friedensthematik neu aufgegriffen, wenn auch zunächst Mißverständnisse und Vorurteile ausgeräumt und grundlegende Sachkenntnisse vermittelt werden müssen. Die Errichtung eines katholischen oder auch ökumenischen Friedensinstituts wurde vorerst zurückgestellt, die Gründung eines Instituts für Friedensforschung durch die Max-Planck-Gesellschaft steht bevor.

Die angelsächsischen und skandinavischen Länder wie auch Holland sind der Bundesrepublik hier jedoch weit voraus. Zwar befassen sich die Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung e. V. in Hannover und die Studiengesellschaft für Friedensforschung e. V. in München mit einigen Aspekten des Friedensproblems. Ihre personelle und finanzielle Ausstattung läßt sie jedoch nicht mit den internationalen bekannten Einrichtungen konkurrieren. Von den europäischen seien hier genannt das International Institute for Conflict and Peace Research in Stockholm (Leitung A. Myrdal) und das Polemologische Institut der Universität Groningen (Leitung B. V. A. Röling) (eine ausführliche Liste über die wichtigsten Friedensforschungsinstitute der ganzen Welt in: Friedensforschung. Eine Basisinformation, Veröffentlichungen der Deutschen Pax-Christi-Bewegung Nr. 4, Freiburg 1968, S. 25—32). Das Groninger Institut, um ein Beispiel zu nennen, beschäftigt drei Fachleute für internationales Recht, zwei Politologen, zwei Soziologen, einen Sozialpsychologen und einen Physiker; es veröffentlicht Bücher und Zeitschriften wissenschaftlichen und aufklärenden Inhalts und veranstaltet eine Reihe von Vorträgen und Seminaren; die durchgeführten Forschungen gelten u. a. dem Einfluß des Fernsehens auf den Krieg und den Haltungen gegenüber Krieg und Frieden, den Problemen von Krieg und Frieden als *Lehrstoff* und der Analyse von Friedensplänen seit 1945. Es ist nicht damit getan, diese Aufgaben den zufälligen Interessen einzelner Fachleute innerhalb der Universitätsstruktur zu überlassen. Die Bedeutung des Themas und die Ausmaße der Untersuchungsobjekte verlangen erhebliche Mittel, zahlreiche Fachkräfte und Koordination und Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg.

Obwohl in den feststellbaren Kriegen schätzungsweise 3,64 Milliarden Menschen getötet wurden (dieses Ergebnis Schweizer Untersuchungen nennt R. Denker, Steuerung der Aggression, in: Aggression und Revolution. Zumutungen des Friedens, hrsg. von R. Schmid, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1968, S. 11), scheint es erst der Existenz der Atombombe zu verdanken zu sein, daß der Frieden in Anbetracht der technologischen Entwicklungen als Lebensnotwendigkeit erkannt wird. Unter dem Eindruck dieser Sachzwänge dürfte die Alternative zwischen militärisch orientierter Machtpolitik und idealistischem Pazifismus überholt sein. Die Friedensforschung, das lassen der moralische Ernst und die wissenschaftliche Qualifikation der mit ihr befaßten Persönlichkeiten erkennen, wird bald im Bereich der Politik eine wesentliche Rolle spielen, auch wenn sie heute noch vielfach mit dem Vorstasten auf unbekanntes Gebiet und dem Abstecken ihres Arbeitsfeldes, und ganz konkret mit der Errichtung von Instituten, beschäftigt ist.

### Kein einheitlicher Friedensbegriff

Es mag freilich entmutigend wirken, wenn J. Galtung, Direktor des International Peace Research Institute in Oslo, darauf hinweist, daß sich die Friedensforscher bislang nicht einmal über die inhaltliche Bestimmung des Wortes „Frieden“ haben einigen können (Friedensforschung, in: Krippendorff, a. a. O., S. 519—536). Weltanschauliche Differenzen und unterschiedliche Denksysteme ließen noch keine allgemein anerkannte Definition zu. So sei umstritten, ob die „Ruhe“ innerhalb eines autoritären Regimes als „Frieden“ bezeichnet werden könne.

Viele Antworten gebe es auf die Frage, wann „Frieden“ herrsche, meint Galtung, „die davon abhängen, ob jemand es vorzieht, Frieden als höchsten absoluten Wert anzusehen, als Wert unter verschiedenen anderen absoluten Werten oder als relativen Wert, der anderen, die höher rangieren, geopfert werden darf“. Jedoch leisteten auch die Medizin und die Volkswirtschaft fruchtbare Arbeit, ohne ein einheitliches Verständnis von „Gesundheit“ und „Wohlfahrt“ erreicht zu haben. Als ein akzeptabler Ausgangspunkt für die Friedensforschung könne die negative Definition als „Forschung zur Verhinderung von Kriegen“ aufgestellt werden (a. a. O., S. 531 f.).

Die Friedensforschung als interdisziplinärer Forschungsbereich vereinigt so unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen wie Zoologie und Verhaltensforschung, Tiefenpsychologie, Atomphysik und Abrüstungstheorie. Die gesellschaftliche Dynamik konfrontiert die Friedensforschung mit einer Fülle von Zufallselementen, die es unmöglich machen, jemals einen Wissensstand zu erreichen, von dem aus exakte Vorhersagen gemacht werden könnten. Der amerikanische Friedensforscher *K. E. Boulding* betont jedoch, daß „Wahrscheinlichkeitsvoraussagen“ möglich sind, die der Friedensforschung ihre Berechtigung geben (Beitrag zu einer Friedentheorie, in: Krippendorff, a. a. O., S. 68—86). Hier wird die Nähe zur Futurologie und die teilweise Überschneidung mit ihren Bereichen deutlich. Die Friedensforschung teilt mit Futurologie auch die Aura des Modischen einerseits und die Skepsis der Kritiker andererseits. Der enge Zusammenhang der beiden Wissenschaften ist sachlich in der Entwicklungsplanung für die Dritte Welt besonders augenfällig. Beide untersuchen die Problematik der Bevölkerungsentwicklung und der Nahrungsmittelproduktion, ebenso wie die Frage des Strukturwandels und die dafür angemessenen Mittel.

Um anzudeuten, wie ausgedehnt und vielfältig das Untersuchungsobjekt der Friedensforschung ist, sei hier an einige *friedlose* Zustände erinnert. In fast allen Ländern bieten die Studentenunruhen Modellfälle für Konfliktanalysen. Für diesen Zweck faßbar ist auch die Guerrillabewegung und, genereller, der „antikolonialistische Kampf“ in der Dritten Welt. Der sogenannte „Nord-Süd-Konflikt“ (militärisch verstanden) ist bislang noch Zukunftsprojektion. Daß sich aus der Situation der Entwicklungsländer noch massive Friedensprobleme ergeben werden, ist aber unbestritten. Rassenkonflikte sind aus den USA und aus Südafrika bekannt, aber auch in Großbritannien ist die Einwanderung Farbiger zu einem nur noch schwer kontrollierbaren, komplexen Problem geworden. Verflochtene politische, wirtschaftliche, militärische und ideologische Hintergründe bestimmen die Kämpfe in Vietnam, im Nahen Osten, in Nigeria, im Sudan und an zahlreichen weiteren Brennpunkten der Weltpolitik. Der Ost-West-Konflikt hat eine sichtliche Wendung erfahren: eine militärische Auseinandersetzung zwischen UdSSR und USA scheint heute recht unwahrscheinlich, dagegen gelingt es auch innerhalb der ideologischen Lager nicht, „imperialistische“ Tendenzen zu unterdrücken.

Diese vielfältigen Entwicklungen zu studieren und die auftretenden Konflikte zu analysieren ist Aufgabe der Friedensforschung. Die Kuba-Krise von 1962, die wohl wegen der drohenden atomaren Auseinandersetzungen beigelegt werden konnte, wird als ein Modell für friedliche Regelung eines internationalen Konflikts verstanden

(vgl. die Analyse von Holsti/Brody/North, Das Messen von „Affekt“ und „Aktion“ in internationalen Reaktionsmodellen. Empirische Materialien über die Kuba-Krise von 1962, in: Krippendorff, a. a. O., S. 413—438). *P. Menke-Glückert* unterstützte auf dem Essener Katholikentag den Vorschlag der schwedischen Abrüstungsministerin *A. Myrdal*, sogenannte Truth Centers zu errichten, in denen derartige Analysen frei von nationaler Beeinflussung erarbeitet und allen Interessierten zugänglich gemacht werden sollten. Dadurch könnte vermieden werden, daß Konflikte aufgrund falscher oder mangelhafter Information entstehen oder verschärft werden.

Eine von der Unesco angeregte Untersuchung über die Arbeit von 70 Friedensforschungsinstituten gibt Aufschluß darüber, welchen Einzelwissenschaften besondere Bedeutung zugemessen wird (hier in der Reihenfolge ihrer Einstufung): Politische Wissenschaften, Internationale Beziehungen, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Sozialpsychologie, Geschichte, Völkerrecht, Psychologie, Militärwissenschaft, Geographie, Demographie und Biologie. Nach der gleichen Untersuchung lagen die Forschungsschwerpunkte auf folgenden Gebieten: allgemeine Konflikttheorie, außenpolitischer Entscheidungsprozeß, Rüstungskontrolle und Abrüstung, öffentliche Meinung und Außenpolitik, Gleichgewicht der Kräfte, wirtschaftliche Folgen der Abrüstung, Diplomatie, Rolle der Eliten in außenpolitischen Entscheidungen, Quellen und Komponenten des Nationalismus, Rolle der Massenmedien, UN-Sicherheitsstreitmacht, Verhandlungstechnik, Ethnozentrik, Vergleich von Konflikten innerhalb der Industriegesellschaft mit internationalen Konflikten, Antisemitismus (nach Galtung, a. a. O., S. 520 f.).

#### *Atomsperrvertrag und Abrüstung*

Zur Erläuterung seien einige konkrete Beispiele angeführt. Die Diskussion um den Atomsperrvertrag zeigt gegenwärtig mindestens zwei Schwerpunkte, die von der Friedensforschung berücksichtigt werden müssen (vgl. den Sammelband: Nichtverbreitung von Kernwaffen. Ein Problem der Friedenssicherung, Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Band 22, Eckart-Verlag, Witten 1968). Einerseits muß auch den kleineren Mächten die Möglichkeit geboten werden, atomare Forschung zu betreiben, weil „ein Industriestaat von einiger Größe einfach nicht auf die Entwicklung der Kernreakorteknik verzichten kann, wenn er nicht in absehbarer Zeit technisch und wirtschaftlich ins Hintertreffen kommen will“ (*J. Seetzen*, Die Entwicklung der Kernenergietechnik, in: Nichtverbreitung . . ., a. a. O., S. 20). Das zweite Problem entsteht aus dieser Forschung durch die Tatsache, daß jeder Uranreaktor den Bombensprengstoff Plutonium erzeugt (vgl. *W. Gerlach*, Der Zwang zum Frieden und die heutigen Naturwissenschaften, „Universitas“, Mai 1967, S. 449—457). Die Friedensforschung muß es sich deshalb angelegen sein lassen, ein Kontrollsystem zu entwickeln, das die Empfindlichkeiten der einzelnen Staaten möglichst schont, gleichzeitig aber ein Maximum an Sicherheit bietet. Dies ist aber ein naturwissenschaftliches, strategisches und ein politisches Problem. *J. R. Schlesinger* vertritt dazu als Amerikaner den Standpunkt, gerade nicht die USA und die UdSSR würden aus der Nichtverbreitung der Atomwaffen den größten Nutzen ziehen, sondern die von der Atomrüstung ausgeschlossenen Länder. Denn nur die Groß-

mächte könnten ein ernstzunehmendes Abschreckungssystem aufrechterhalten, während die wirtschaftlich schwächeren Länder, wenn sie sich um Atombewaffnung bemühten, zwar die gewaltigen Finanzierungslasten zu tragen hätten, trotzdem aber nie ein vergleichbares Abschreckungspotential erreichen könnten. Schlesinger hebt hervor, „daß im Kielwasser einer Weiterverbreitung von Atomwaffen der Schrecken äußerst ungleichmäßig verteilt sein würde. Ein unverhältnismäßig großer Anteil ginge zu Lasten der schwächeren Atommächte und ihrer Nachbarn“ (Zum Problem der Verbreitung von Kernwaffen, in: Nichtverbreitung . . . , a. a. O., S. 30—47).

Mit der Abrüstung sind massive *volkswirtschaftliche* Probleme verknüpft. Die Rüstungsausgaben der Nato werden für das Rechnungsjahr 1967/68 auf 95,248 Milliarden Dollar geschätzt, mit einem US-Anteil von 73 Milliarden. Die Angaben für den Warschauer Pakt belaufen sich auf 37,3165 Milliarden Dollar, wovon die UdSSR 32 Milliarden übernimmt (nach E. Hennig, Die Rüstungsgesellschaft und ihre Kosten, in: Krippendorff, a. a. O., S. 292). Diese Zahlen machen deutlich, daß ein großer Teil der Volkswirtschaft der einzelnen Länder, ihrer Industrien und Arbeitskräfte, von der Rüstungsproduktion absorbiert wird. Eine Abrüstung würde einschneidende Veränderungen im gesamten Wirtschaftsleben erforderlich machen, um Katastrophen zu vermeiden. Nicht nur die politischen Hemmungen, auch der Wirtschaftsegoismus widerstrebt den Bemühungen um Entspannungen und Abrüstung, sei es bewußt oder unbewußt.

Ein weiterer Gesichtspunkt schließt sich an diese Überlegungen an. Rüstungsanstrengungen haben stets wissenschaftlich-technische Forschungen angeregt, die der Gesamtentwicklung, vor allem in der Industrie, zugute gekommen sind. Es sei hier nur an die Luftfahrt, Nutzung der Atomenergie und an die Raumfahrtprogramme erinnert. Es stellt sich nun für die Friedensforschung die Frage, wie bei konsequenter Abrüstungspolitik die technologische Entwicklung nicht zu Schaden kommt.

### *Frieden und Aggression*

Unter psychologischen Gesichtspunkten ist das Thema *Aggression* für die Friedensforschung entscheidend. Allzuleicht schließen einzelne Autoren von den Ergebnissen der tierischen Verhaltensforschung auf das gesellschaftliche Verhalten, vor allem in Anlehnung an die nicht unbestrittenen Aussagen von K. Lorenz (Das sogenannte Böse, Wien 1964), dessen Forschungsergebnisse in noch verdünnterer populärwissenschaftlicher Vereinfachung wiederholt werden. Der Freudsche Todestrieb erfreut sich der gleichen Beliebtheit bei den Versuchen, zu den psychologischen Ursachen des Krieges durchzudringen. Zweifelsohne ist die Aggressionsforschung ein entscheidendes Forschungsgebiet, von dem man Aufschlüsse über innerstaatliche und internationale Konflikte erwarten darf. Einige Fragestellungen seien hier genannt: Inwieweit ist Aggression ein Wesensmerkmal des Menschen überhaupt? Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen Aggressivität des Individuums und des Kollektivs? Mit welchen Mitteln läßt sich die kollektive Aggressivität künstlich steigern? Man glaubt bereits einen Zusammenhang zwischen der Selbstmordziffer eines Landes und seiner Kriegsbereitschaft erkennen zu können (so M. Haas, Krieg und gesamtgesellschaftliche Bedingungen, in: Krippendorff, a. a. O., S. 45—67). Selbstverständlich

wird der Demokratie größere Friedensbereitschaft zugeschrieben als der Diktatur. Das mehr oder weniger konstante Maß an Aggression in einer Gesellschaft könne sich unter einem besonders ordnungsbetonten Regime nicht hinreichend ausleben und werde deshalb besonders leicht auf einen äußeren „Feind“ abgelenkt. G. Bouthoul vom Französischen Institut für Polemologie sieht für jeden kriegerischen Impuls die vorgängige Wahl eines „Sündenbocks“ als notwendig an. „Er zieht alle Feindseligkeit auf sich, auf ihn projizieren sich unsere inneren Dämonen. Er ist für unsere Übel verantwortlich. Seine Vernichtung bringt sowohl die materielle als auch die mystische Heilung.“ Territoriale Forderungen hätten in der Gegenwart an Bedeutung verloren, schon deswegen, weil Deutschland beispielsweise trotz des großen Gebietsverlustes zur blühendsten Nation Europas geworden sei. „Daher kommt der instinktive Zwang, neue Ansatzpunkte für die kollektive Aggressivität zu suchen, sobald deren strukturelle Bedingungen gegeben sind. Die alten Dämonen sind — für den Augenblick — gebannt. In Ermangelung von traditionellen ‚äußeren‘ Sündenböcken schafft man ‚Kriegsziele‘ (oder wenigstens Anlässe zu Unruhen) im Inneren“ (zit. nach den Materialien des IV. Salzburger Humanismusgesprächs). So glaubt Bouthoul die Studentenunruhen psychologisch erklären zu können.

Wenn die Friedensforschung bei der Analyse der Triebstruktur zu erkennen glaubt, daß Aggression eine natürliche Komponente sei, die für die Lebensbewältigung sogar unerlässlich sei, dann ist es ihre Aufgabe, die Aggression auf Objekte zu lenken, die nicht gefährlich werden können. Die Sublimierung soll durch internationale Begegnungen und sportliche Wettkämpfe möglich sein. Vor allem gelte es, die Begeisterung richtig zu „nutzen“, was nach Lorenz bislang nur den Diktatoren gelungen sei. Es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß die Popularisierung der Lorenzschen Forschungen und ihre Übertragung auf die Gesellschaft einen Biologismus zur Folge haben, der die persönliche Verantwortung unter Hinweis auf die Verhaltensforschung weitgehend reduziert (so urteilt H. Kilian, Zur Psychologie des Friedens, „Forum“ Nr. 6, 1966, S. 15—20).

### *Erziehung zum Frieden*

Friede ist nicht zuletzt ein Problem individueller und kollektiver *Erziehung*. Sie schafft ja auch die Regulative des Aggressionsverhaltens. In diesem Sinne hat die Sektion Pädagogik der Studiengesellschaft für Friedensforschung e. V. in München Grundsatzthesen erarbeitet (hier zit. nach: Erziehung zum Frieden. Grundsätzliches, Veröffentlichungen der Deutschen Pax-Christi-Bewegung Nr. 1, Freiburg 1968, S. 37—40). Zu den Ursachen dafür, daß der Weltfrieden bislang nicht verwirklicht werden konnte, gehörten folgende Tatbestände: „die nationalstaatliche begründete Priorität des Souveränitätsdenkens, weltwirtschaftliche und rüstungswissenschaftliche Interessen, aber auch sozialpsychologische Mechanismen des Freund-Feind-Denkens, der Gruppenvorurteile u. ä.“ In den Erziehungsprozeß müßten deshalb folgende Sachprobleme mit einbezogen werden: „Einsichten in die Natur internationaler Konflikte, in Möglichkeiten des Gewaltverzichts, in die Bedingungen und Probleme der heutigen Weltlage; die Übung der Fähigkeit, Gruppenkonflikte ohne Streit zu schlichten, Interessenkollisionen in friedlicher Konkurrenz durchzu-

stehen; die Überwindung von Vorurteilen, die Entflechtung von Rivalitäten, das Kennenlernen des anderen; die Verarbeitung von persönlichen und kollektiven Haßgefühlen, Frustrationserlebnissen, verdrängte Angst- und Schuldgefühle und das Erkennen von Projektionen eigenen Versagens auf ‚Widersacher‘.“

In diesen Bereich gehören auch die Anstrengungen um „friedensorientierte“ Schulbücher. Die Besatzungszeit hat in Deutschland zwar chauvinistische Äußerungen beseitigt, was in europäischen Nachbarländern bisher durchaus nicht immer geschah. Dennoch bleibt auch in Deutschland gerade der Geschichtsunterricht einseitig national orientiert. A. Gail hob auf der Woche der Wissenschaft 1967 in Recklinghausen hervor, daß der Geschichtsunterricht erst sozialgeschichtlich und universalhistorisch orientiert werden müsse, bevor die Friedensarbeit in ihn aufgenommen werden könnte. „Die zum Teil bis heute zu beobachtende Bevorzugung des Krieges im Geschichtsunterricht geht wesentlich auf das Weiterwirken etatistisch-machtpolitischen Denkens in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit wie in der Geschichtswissenschaft zurück“ (zit. nach G. Heyder, Friedenspolitik und Friedenssicherung, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, September 1967, S. 535).

### Gefährliches Zyklusdenken

Aufgabe der Erziehung im Geschichtsunterricht wäre es auch, der weitverbreiteten Überzeugung von der „Notwendigkeit“ des Krieges entgegenzuwirken, die deshalb so gefährlich ist, weil sie den Krieg als zyklisch wiederkehrend zu akzeptieren bereit ist. Gegen dieses Denkschema hat die UNESCO von namhaften Soziologen und Psychologen eine Erklärung erarbeiten lassen, in der es u. a. heißt: „Nach allem, was wir wissen, deutet nichts darauf hin, daß Kriege notwendig und unvermeidlich zur ‚menschlichen Natur‘ als solcher gehören“ (Text in: Krippendorff, a. a. O., S. 106—109).

Bouthoul glaubt aus den demographischen Entwicklungen einen Zyklus der Aggression ableiten zu können: Zwanzig Jahre nach 1918 habe Hitler die jungen Deutschen in das Abenteuer des zweiten Weltkriegs stürzen können. „Die Generation des demographischen Booms der Nachkriegszeit erreicht das Mannesalter, erfüllt von Ungeduld und Mißachtung. Ihrer aggressiven Libido [er spricht von den Studenten] bieten die belagerten Komplexe psychologisch völlig vorgezeichnete Wege an.“ „Zwanzig Jahre. Das ist der Zeitraum, der nötig ist, um die wiedererwachte Aggressivität einer neuen Generation reifen zu lassen“ (a. a. O.). Die Zyklustheorien können gewiß zahlreiche historische Beispiele als Belege anführen. Die Friedensforschung weist jedoch darauf hin, daß der Glaube an die Unveränderlichkeit eine Vorbedingung für die gewaltsame Austragung der Konflikte sei. Wenn die Friedensforschung diesen Teufelskreis durchbrechen will, wird ihr häufig der Vorwurf gemacht, sie strebe eine Utopie an, die geschichtlicher Erfahrung widerspreche. N. Sombart betont demgegenüber, die Friedensforschung sei geradezu der Utopie verpflichtet, denn Fortschritt sei „Verwirklichung der Utopie“ (Die Friedensforschung, „Frankfurter Hefte“, Dezember 1968, S. 821—828). Bereits 1932 schrieb S. Freud an A. Einstein in Bezugnahme auf den Völkerbund: „Eine sichere Verhütung der Kriege ist nur möglich, wenn sich die Menschen zur Einsetzung einer Zentralgewalt einigen, welcher der Richt-

spruch in allen Interessenkonflikten übertragen wird.“ Nun sind auch heute noch die Vereinten Nationen weit davon entfernt, über ein Waffenmonopol zu verfügen und eine „Weltinnenpolitik“ (von Weizsäcker) zu betreiben. Angesichts der Vernichtungsmöglichkeiten scheinen sich aber gerade die Hoffnungen der Naturwissenschaftler auf den Aufbau einer Weltorganisation nach dem Ansatzmuster der Vereinten Nationen zu konzentrieren. Als Beispiel sei M. Born angeführt: „Das einzige, was uns retten kann, ist ein alter Traum der Menschheit: *Weltfriede und Weltorganisation*.“

Man habe diesen Traum in der Überzeugung, die menschliche Natur sei unveränderlich, als Utopie abgetan: weil es immer Kriege gegeben habe, werde es auch immer Kriege geben. „Heute kann man das nicht mehr gelten lassen. Der Weltfriede in einer kleiner gewordenen Welt ist keine Utopie mehr, weil er eine Notwendigkeit ist, eine Bedingung für das Überleben des Menschengeschlechts“ (Von der Verantwortung des Naturwissenschaftlers, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1965, S. 201).

C. F. von Weizsäcker, der sogar die „Übertragung des hippokratischen Eids von der Medizin in die Technik und Naturwissenschaft“ fordert (Der Weltfriede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters, „Universitas“, November 1967, S. 1121—1132), hat diesen Gedanken bereits 1963 geäußert. Der Weltfriede sei „notwendig“, ja „unvermeidlich“, denn er stelle die „Lebensbedingung des technischen Zeitalters“ dar. „Wir werden in einem Zustand leben, der den Namen Weltfriede verdient, oder wir werden nicht leben.“ Dieser Weltfriede sei nicht das „goldene Zeitalter“, sondern ein dynamischer Zustand, der auch die notwendigen Veränderungen zuläßt und deshalb nicht konfliktfrei sein kann. „Der Weg zu ihm könnte ein letzter Weltkrieg oder ein blutiger Umsturz, seine Gestalt könnte die einer unentrinnbaren Diktatur sein. Gleichwohl ist er nötig.“ Diese nüchternen Perspektiven von v. Weizsäcker stoßen allerdings auf scharfe Kritik bei neomarxistisch vorgeprägten Theologen, die Frieden vornehmlich als Ergebnis eines revolutionären Umbruchs gesellschaftlicher Verhältnisse erwarten. Sie seien zu technokratisch konzipiert. „Ein solch monistisches Machtmodell rechnet von vornherein nicht mehr mit einem Frieden als Möglichkeit offener Politik der *verschieden* bleibenden Gesellschaftssysteme“, schreibt H.-E. Bahr (Frieden ohne Revolution?, in: Weltfrieden und Revolution, Rowohlt, Reinbek 1968, S. 8). Bahr will v. Weizsäcker nicht unterstellen, daß er den „technokratischen Terror als solchen“ anstrebe, de facto führe sein Modell jedoch zum Endresultat eines „technokratischen Zwangsfriedens“. „Eben dieser Widerspruch zwischen humanen Intentionen und inhumanen Realisationen, zwischen subjektiver Lauterkeit beim Entwurf und der Einrechnung von Zwangsgewalt als objektiver Konsequenz dieses Ansatzes enthüllt die immanenten Aporien dieser wie jeder anderen technokratischen Strategie.“ Mit aller Deutlichkeit wirft sich hier (von Bahr vermutlich nicht so gewollt) wiederum die Frage nach der Rangordnung des Friedens auf.

### Unilateralisten und Gradualisten

Gerade seitens der militärischen Verantwortlichen setzt sich die Überzeugung durch, daß ein intentionaler Atomkrieg, selbst in „begrenzter“ Form, ausgeschlossen ist (vgl.

z. B. die Ausführungen des Direktors des französischen Instituts für strategische Studien, General *A. Beaufre*, „Wie läßt sich die Kriegsführung humanisieren?“, „Schweizer Monatshefte“, Dezember 1968, S. 861—868). Der Ausbruch eines Krieges als Fehlleistung, der „accidental war“, ist damit nicht ausgeschlossen. *Röling* weist darauf hin, daß sich zwar eine massive Ablehnung des Krieges breitmake, daß allerdings die „riskanten außenpolitischen Manöver“ auf wenig Widerstand stießen (The Roots of Peace, „The Unesco Courier“, Januar 1966, S. 22—31). Gegenüber diesen Tatsachen bleibt die Überzeugung der „Unilateralisten“, sie könnten den Frieden erzwingen, wenn sie den ersten Schritt zur Abrüstung unternähmen, unrealistisch. Realistischer, wenn auch bislang ohne Erfolg, erscheint das Konzept der „Gradualisten“, die eine sukzessive Abrüstung auf beiden Seiten befürworten. Ohne die Vermittlung einer Weltorganisation, so scheint es, sind die Nationalstaaten überfordert, von sich aus diese Abrüstung in die Wege zu leiten. Als Folge davon wird das in sich sterile (aber jetzt wohl noch notwendige) Prinzip der Abschreckung beibehalten. Brigadegeneral *R. Juergens* hat auf dem 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 1967 in Hannover die Einstellung von Bundeswehr und Bundesregierung so formuliert: „Die Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung bleibt oberstes Gebot... Nur so bleibt das Risiko für den Angreifer unkalkulierbar, weil er nicht wissen kann, wann und auf welche Weise und mit welchen Mitteln die Allianz von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht“ (zit. nach: Die Bundesrepublik und der Friede, Vorträge in der Arbeitsgruppe Politik des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentags, Hannover 1967, Kreuz-Verlag Stuttgart/Berlin 1967, S. 33). Das traditionelle *Bellum-iustum*-Prinzip erscheint in der heutigen weltpolitischen Situation mit den vorhandenen Vernichtungswaffen als nicht mehr anwendbar. „Die alte Theorie für das kriegerische Handeln in der Welt von heute hat also nur noch einen Stellenwert so weit hinterm Komma, daß man ihn, um zu realen Ergebnissen zu kommen, vernachlässigen muß.“ Einen „gerechten Verteidi-

gungskrieg“ könne es allenfalls noch zwischen der Schweizer Garde und Italien oder zwischen Liechtenstein und der Schweiz geben (so *W. Rest*, Über die Erziehung zum Frieden in der Welt von heute, „Diakonia“, Januar 1967, S. 25—44). Die Kasuistik des Krieges wird zu einer Kasuistik der Rüstung. *F. Böckle* bezeichnet die Theorie der Abschreckung als ein „Spiel mit der Selbstvernichtung“, wer aber einseitig abrüsten wolle, lebe „von der Utopie, ein anständiger Demokrat könne einem wahnwitzigen Diktator das Gesetz des Handelns aufprägen“. Man könne allerdings nicht einen künftigen Atomeinsatz „sozusagen sittlich klären und dann alternativ als ‚erlaubt‘ oder ‚unerlaubt‘ etikettieren, um von da aus allein das ganze Rüstungsproblem zu rechtfertigen oder zu verdammen... Ein Ignorieren der Unterscheidung zwischen atomarer Rüstung und atomarem Einsatz verrät zudem, wie wenig man mit der effektiven Vermeidbarkeit... rechnet.“ Die Lösung des Dilemmas könne nur in einer sukzessiven Abrüstung gesehen werden (Friede und moderner Krieg, „Concilium“, Mai 1966, S. 381 bis 387). Noch deutlicher wird die Fragestellung an die Theologie in dem Beitrag von *C. van Ouwkerke* (Die moraltheologische Diskussion über den modernen Krieg, ebd., S. 376—380). Die *via media* zwischen absoluter Wehrlosigkeit und bedingungsloser Gewalt könne nur „unter der Perspektive einer Strategie des Friedens“ als ein vorläufiger pragmatischer Standpunkt gerechtfertigt werden. „Hier wird also eine Zwischenposition ethisch verantwortet, nicht so sehr als Standpunkt, sondern als Weg, auf dem man den ‚gerechten Krieg‘ immer mehr hinter sich läßt.“ Wissenschaftler zögen die politische Notwendigkeit des Krieges in Zweifel, Theologen und Gläubige seien unsicher über den Ort, den diese politische Notwendigkeit (der Abschreckung) im religiösen und ethischen Denken über den Krieg einnehme. „In dieser Sackgasse der Diskussion wendet man sich... auf die Dauer von einer theoretischen Reflexion über das Problem des Krieges immer mehr ab und bemüht man sich um eine praktische Haltung, um ein Programm des Friedens.“

## Kurzinformationen

Unterschiedliche Akzente im Verhältnis von Freiheit des Gewissens und Autorität lassen sich aus den Mittwochaudienzen des Papstes vom 5. (über die Freiheit) bzw. 12. Februar 1969 (über das Gewissen) sowie aus den Fastenhirtenbriefen einiger deutscher Bischöfe herauslesen. So führte der Papst am 5. Februar („Osservatore Romano“, 6. 2. 69) den „ewigen Konflikt zwischen dem Gebrauch der Freiheit und der Ausübung der Autorität“ auf die für die echte Entfaltung des menschlichen Denkens und Handelns wie des gesellschaftlichen Lebens unabdingbare Notwendigkeit für die menschliche Freiheit zurück, „geformt und erzogen“ zu werden. In der darauffolgenden Mittwochaudienz („Osservatore Romano“, 13. 2. 69) führte der Papst den heute vielfach gehörten gleichsam „indiskutablen Lehrsatz“, daß sich die Sittlichkeit des Menschen darin erschöpfe, seinem Gewissen zu folgen, auf das Bestreben zurück, diese von den Forderungen eines äußeren Gesetzes oder der Achtung gegenüber einer Autorität loszulösen, welche der „freien und spontanen Tätigkeit“ Gesetze auferlegen wolle. Einige Sätze weiter bekräftigte der Papst jedoch wiederum die Notwendigkeit, seinem Gewissen zu folgen.

Aus dem Zusammenhang scheint zu folgen, daß sich der Papst dabei nur gegen den Anspruch wendet, das Gewissen sei „ausschließliche“ und „höchste“ Norm des Handelns. Als Richtschnur des Handelns müsse das Gewissensurteil „sicher“ und „wahr“ sein. Die „Stimme des Gewissens“ werde jedoch „klarer und stärker“, wenn die „Stimme des Gesetzes und der legitimen Autorität sich mit ihr vereint“. Das bedeute, die Stimme des Gewissens sei „nicht immer unfehlbar oder die objektiv höchste Norm“. Einige wichtige Ergänzungen zu diesem Thema enthalten die Fastenhirtenbriefe von vier deutschsprachigen Bischöfen. So führt der Fastenhirtenbrief des Bischofs von Sitten, *N. Adam*, den Konzilstext an, daß das „aus unüberwindlicher Unkenntnis“ irrende Gewissen dadurch nicht „seine Würde verliert“ („Gaudium et spes“, Abschnitt 16). Der Bischof von Linz, *F. Zauner*, deutet die Möglichkeit einer „unklaren Auffassung“ oder auch „Mißdeutung des göttlichen Willens“ durch das „authentische (fehlbare) Lehramt“ an, gegen das man sich nur mit „zwingenden“ Gründen, aus „größerer Liebe zum Guten“ und einem „reinen Gehorsam gegen Gott“ entscheiden könne. Ähnlich argumentiert der Erzbischof von Freiburg, *H.*